

mit Aussicht auf Erfolg zur Annahme zu unterbreiten. Es liegt ebenfalls nahe, daß Washington eine Krise in den deutsch-amerikanischen Beziehungen zum Zeitpunkt des Kongresszusammentretes gelegen läßt, damit dem harmlosen amerikanischen Volk die gewaltige Rüstung plausibel erscheint.

Das gegenwärtige Regime hat in seinen sechs Jahren bereits fünfzehnhundert Millionen Dollar für Rüstungszwecke ausgegeben. Das ist selbst für amerikanische Finanzverhältnisse ein gewaltiger Betrag. Das neue Programm soll aber all dies weit in den Schatten stellen. Da fragen sich einsichtige Männer: Was wird gespielt? Möchte Roosevelt die Weltgeheimnisse über die ganze Welt ausüben?

Wir müßten die gegenwärtige Politik Washingtons ernster beurteilen, wenn wir nicht die Ueberzeugung hätten, daß die jüdischen Kriegshelden in USA. letzten Endes doch entlarvt werden, und daß in Amerika noch gesunde denkende Männer am Werk sind, die es nicht zulassen, daß ihr Volk in eine Katastrophe gestürzt wird. Es mehren sich die Stimmen einsichtiger Männer, die die energische Forderung aufstellen: **Schluß mit dem Kriegszwummel!** Nachdem in dem Artikel darauf hingewiesen worden ist, daß insbesondere die Farmer des Westens vernünftig sind, die in allen wirklich bedeutenden Fragen der amerikanischen Geschichte immer den Ausschlag gegeben haben, und daß sich auch die Frontkämpfer den Kriegshelden entgegenstellen, heißt es weiter:

„Lange Jahre hindurch ist Deutschland der zweitbeste Kunde der Vereinigten Staaten gewesen. Noch 1927 bezog Deutschland aus USA. 2,75 Millionen Ballen Baumwolle. Dieser Handel ist unter der gegenwärtigen Regierung, die den jüdischen Boykottoren zuerst ohnmächtig, dann sogar wohlwollend gegenüberstand, zugrunde gerichtet. Die heimliche und lächerliche Hoffnung, damit das nationalsozialistische Deutschland zu ruinieren, hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil, Deutschland steht heute inmitten einer konjunkturell schwankenden Außenwelt als fester wirtschaftlicher Eckstein da.“

Der Regierungschef der USA. hat sich in den Septembertagen bewegen gefühlt, an den Führer um eine friedliche Lösung der subdenkeutschen Frage zu appellieren und hat dabei die Worte geprägt: „Hundert Millionen Menschen in aller Welt würden Ihre Tat als einen hervorragenden geschichtlichen Dienst für die gesamte Menschheit anerkennen.“ Es hat leider nicht den Anschein, als wenn Herr Roosevelt sich seiner Worte heute noch erinnert, von seinen Mitarbeitern Hull, Aches, Pittman und King ganz zu schweigen.

In der Fülle der Resolutionen, die zu Neujahr dem amerikanischen Volk durch seine Presse zur Kenntnis gegeben werden, würde folgende Resolution sicher ein besonderes Echo haben: 125 Millionen anständiger Amerikaner — 5 Millionen Juden in USA. ausgenommen — würden es als einen Dienst an ihrem eigenen Lande anerkennen, wenn mit der hysterischen Hege gegen das deutsche Volk Schluß gemacht würde und die amerikanische Regierung den Mut finden würde, normale Beziehungen mit Deutschland wieder herzustellen.

Ungarischer Protest in Prag.

Prag, 31. Dez. Die ungarische Regierung hat gestern hier gegen die Sendungen des slowakischen Rundfunks protestiert, die sie als ungarischfeindlich bezeichnet.

Die Ukrainer Polens fordern die Autonomie.

Lemberg, 30. Dez. Der hier tagende Volkskongress der größten ukrainischen Organisation UNDO. beschloß unter dem Vorsitz des Bischofsmarschalls Mudry, den Kampf um die nationale Autonomie fortzusetzen.

„Nicht mehr Hunger!“

London, 30. Dez. In der City entfalteten Arbeitslose auf einer hohen Erinnerungssäule ein langes Banner, auf dem groß zu lesen war, daß es zu einem glücklichen neuen Jahre gehören würde, wenn Arbeitslose 1939 nicht mehr zu hungern brauchten.

Flugzeuge für Singapur sollen in Australien gebaut werden.

London, 30. Dez. Demnächst werden sich Vertreter des Luftfahrtministeriums nach Australien begeben, um mit der dortigen Regierung Pläne für die Herstellung der modernsten britischen Flugzeugtypen zu besprechen. Wie in Kanada werden die Möglichkeiten zur Anlage neuer Fabriken untersucht. Die neue australische Flugzeugindustrie soll nicht nur die Verteidigung Australiens sichern, sondern auch für den Schutz der britischen Stützpunkte und Besitzungen im Osten und Fernen Osten herangezogen werden. z. B. von Singapur. Von der Sicherheit dieser Stützpunkte hänge die Operationsbasis der britischen Flotte in den fernöstlichen Gewässern ab. „Daily Telegraph“ schreibt hierzu, es zeige sich wieder einmal, daß die verstreute Lage der Empire-Wirtschaft nicht eine Schwäche, sondern eine Stärke sei. Dadurch werde es nämlich für England möglich, die Herstellung notwendiger Kampfmittel aus der Reichweite eines feindlichen Luftangriffes hinauszuerlegen.

München, 30. Jan. Der Führer und Reichkanzler hat dem Schriftsteller Dr. phil. Dr. med. h. c. Erwin Guido Kolbenheyer in Soln anlässlich seines 80. Geburtstages den Adlerschild des Deutschen Reiches mit der Widmung „Dem deutschen Dichter“ verliehen. Der Präsident der Reichskulturkammer, Dr. Goebbels, ließ dem Präsidenten der Reichsschrifttumskammer, Hanns Johst, der sich nach schwerer Krankheit auf dem Wege der Besserung befindet, seine Wünsche mit einer herzlichsten Widmung überbringen.

Berlin, 30. Dez. Das großdeutsche Ehegesetz vom 6. Juli 1938 wird mit Wirkung vom 1. Januar ab auch im Sudetenland in Kraft gesetzt.

Berlin, 30. Dez. Die Regierung hat der britischen Regierung ihre Absicht mitgeteilt, in Übereinstimmung mit den in den deutsch-englischen Flottenabkommen vom 18. Juni 1935 und vom 17. Juli 1937 niedergelegten Verfahrensvorschriften gewisse ihr auf Grund dieses Abkommens zustehende Rechte auszuüben. Vertreter der britischen Admiralität sind in Berlin eingetroffen, wo sie mit den zuständigen deutschen Behörden diese Fragen erörtern.

Wlga, 30. Dez. In der vergangenen Nacht konnte kurz nach 23 Uhr MÖZ. wieder ein Geheimsender in Sowjetrußland gehört werden, der sich als „Sender des Verbandes der Befreier Rußlands“ bezeichnete und eine scharfe Sprache gegen die Sowjets führte. Eine Anzahl von Hörfeldern suchte den Empfang des Schwarzsenders unmöglich zu machen, was ihnen aber nicht gelang.

Der Abbruch der Beziehungen zwischen Paris und Teheran.

Paris, 30. Dez. Die Regierung des Iran hat (wie bereits im „E. B.“ mitgeteilt) dem französischen Gesandten in Teheran mitgeteilt, daß sie die diplomatischen Beziehungen mit der französischen Regierung abbreche.

Vor etwa einem Jahr, so heißt es hierzu, habe der iranische Gesandte in Paris beim Außenministerium eine Protestnote wegen eines Wortspiels in einer Pariser Zeitschrift überreicht, das den Schah von Persien zum Gegenstand hatte und in Teheran als eine Beleidigung empfunden worden war. Man glaubt, daß diesmal ähnliche Gründe vorliegen, und der „Paris Mibi“ erinnert daran, daß vor einiger Zeit bereits einmal die diplomatischen Beziehungen zwischen Paris und Teheran eines Artikels in der „Europe Nouvelle“ wegen für eine Zeit lang abgebrochen wurden und daß auch der iranische Gesandte in Washington aus ähnlichen Gründen abberufen worden sei.

Französische Klegstreiber.

Schwere Beschuldigungen gegen Kolonialminister Mandel. Paris, 30. Dez. Der Direktor des „Jour“, Léon Dailly, beschuldigt in seinem Blatt den Kolonialminister Mandel, Falschmeldungen in die Welt zu setzen mit dem Ziele, die internationale Atmosphäre zu vergiften. Unter der Ueberschrift „Die französische Deffentlichkeit marschiert nicht“ weist Dailly darauf hin, daß die französisch-italienischen Schwierigkeiten bisher zwischen dem Ministerpräsidenten und Außenminister geprüft und besprochen worden seien. Seit einiger Zeit habe sich aber auch der Kolonialminister in diese Besprechungen eingeschaltet. Man wisse, daß überall, wo Mandel auftrete, dies nicht im Sinne der Ordnung und des Friedens geschehe. Man müsse auch all den dunklen Nachschafften größte Aufmerksamkeit schenken, die in Zukunft in Frankreich verübt würden, um die diplomatische Spannung während der kommenden zwölf Tage zu erhöhen, die noch zwischen dem römischen Besuch der englischen Minister liegen. Man würde sicherlich nicht anders handeln, wenn man die Panikstimmung vor Vertreibung wiederherstellen wollte. Die Leute, denen in Frankreich die Herausforderung des Krieges im September nicht gelungen sei, trainierten jetzt eifrig für eine neue Mobilmachung. Die Heer versuchten, die französische Deffentlichkeit zu verwirren, um sie zu einer Gewaltmaßnahme zu verleiten, die in Rom eine in jeder Hinsicht vorbereitete Antwort finden würde. Aber die Deffentlichkeit marschiere nicht.

Eine Abfuhr.

Die von Marin geleitete Republikanische Vereinigung gehört zu jenen Gruppen der französischen Rechten, die zu Paris in jenem „Versailler Geist“ wurzeln, als daß sie für die Erfordernisse einer neuen Zeit Verständnis aufbringen könnten.

Holland schließt sich gegen die Juden.

Amsterdam, 30. Dez. In fast allen holländischen Städten werden durch die Polizei eingewanderte Juden in großer Zahl verhaftet. Nachdem einige Hundert solcher Juden in Internierungslagern untergebracht wurden, werden alle, die nach einem bestimmten Zeitpunkt holländischen Boden betreten haben, festgenommen. Im Verlauf des gestrigen Tages sind allein in Amsterdam 30 solcher Juden verhaftet worden. — Der Ostjude Breszpnski, der es mit jüdischer Dreistigkeit verstanden hat, jahrelang in London die Rolle eines Multimillionärs zu spielen, ist wegen riesiger Schiebung und Betrügereien, die er hier begangen hat, festgenommen worden.

Sittenloses Treiben einer jüdischen Emigrantin.

Belgrad, 30. Dez. „Breme“ berichtet von einer jüdischen Emigrantin aus Wien, die mit einem ganzen Anhang von Rassegenossen in dem Badeort Lumbad auf der Adriainfel Korčula lebt. Als ihre Aufenthaltserlaubnis abläuft, bewog die Zübin einen armen Fischer, sich der Form nach mit ihr zu verheiraten und war somit jugoslawische Staatsangehörige. Sie zahlte ihrem „Mann“ 25 000 Dinar aus, der in sein Dorf zurückkehrte, während sie in Lumbad weiterlebte. Da die Empörung der streng religiösen Bevölkerung über den sittenlosen Lebenswandel der Zübin immer mehr anwuchs, mußte das ungleiche Ehepaar auf Anordnung der Behörde zusammenziehen, doch verlangte die Bevölkerung den Wegzug der Zübin, da sie auch jetzt noch ihr Treiben fortsetzt. Der Fischer, der sich an sie verkaufte, wurde aus seiner dörflichen Gemeinschaft ausgestoßen.

Die scheinheiligen Judenfreunde.

Rio de Janeiro, 30. Dez. „Correios da Manhã“ schreibt, die fünf bis sechs Millionen Juden, die Deutschland, Polen, Ungarn, die Tschechien und Italien nicht mehr haben wollen, hätten in England und in USA. merkwürdige Beschützer gefunden. Die dortigen Staatsmänner und „Menschenfreunde“ beschränkten sich nämlich auf Proteste. Wohl erheben sie Geschrei über angebliche Unterdrückung, aber in der Praxis würde sich dieser „Liberalismus“ höchst festlam aus: Man öffnete den Emigranten nicht den Stachel ihrer Einwanderungsbescheide. Private Verbände in London und Neuport sammelten Fonds für den Schutz von Juden, denen man aber nicht etwa in England oder USA. Unterkunft gewährte, sondern die man nach Südamerika abstellen sollte. Die Zahl der in Brasilien lebenden Juden sei 50 000. Schon aus diesem Grunde müsse bei der Behandlung des Problems die größte Vorsicht walten. Unter keinen Umständen dürfe man die Judenfrage so behandeln, wie John Bull und Daniel Sam es gerne haben möchten.

Die Juden wollen Palästina nicht aufgeben.

Paris, 31. Dez. Nach „Petit Parisien“ haben sich hier die Vertreter der Hebräer aus allen Winkeln des Erdballs zusammengefunden, um über ihre „Verteidigung“ zu beraten. Ein gewisser Dr. Breuer, früherer Rechtsanwalt in Frankfurt, Entel des Raffael Hirsch, des Erneuerers des Judentums, hat der Zeitung erklärt: „Das Judentum legt in Palästina die „erklaulichste“ Energie an den Tag. Das Märchen von den felgen und vergaarten Juden trifft nicht mehr zu. Palästina ist das Land, das Gott uns gegeben hat, und wir werden es nie mehr verlassen. Alle Juden sind sich darüber einig.“

Offenbar hatten die Kommunisten aber diese Einstellung größtlich mißverstanden. Ihr aus Moskau eingeführter blinde Wille hat gegen die autoritären Staaten ließ sie auch an die Republikanische Bewegung eine Aufforderung richten, sich an einer „Parlamentsgruppe für die Verteidigung der Unverletzbarkeit Frankreichs und seiner Kolonien“ zu beteiligen. Dieses jüdisch-bolschewistische Manöver haben die französischen Unentwegten natürlich durchschaut. Sie verwahren sich ganz entschieden gegen die unaufrichtige Betriebsamkeit der Moskauerhörigen und haben ihnen die gebührende Antwort erteilt. Die Marin-Gruppe bezeichnet es als geradezu unanständig, den Mitgliedern des Parlaments die Beteiligung an einer solchen Gruppe zuzutragen, und erklärt, wenn überhaupt ein solcher Schritt notwendig gewesen wäre, stehe er nicht der kommunistischen Partei zu; denn diese Partei habe seit ihrer Gründung unablässig im französischen Kolonialreich die verbrecherische Agitation gegen die französische Souveränität betrieben.

Silvesterabend der französischen Kammer

Paris, 31. Dez. Der Finanzausschuß der Kammer hat den ganzen Tag über und bis um 4.30 Uhr am heutigen Sonnabend erneut die vom Senat zurückgewiesene Haushaltsvorlage geprüft. Die Kammer wird um 9.30 Uhr zusammentreten. Im Verlauf der langen Beratungen wiederholte sich das Spiel der Marginalien, die nicht weniger als 50 Abänderungsentwürfe umfassen und neue Artikel dem Ausschuß vorschlagen. Unter diesen Umständen erscheint es ziemlich ausgeschlossen, den Haushalt bis Silvester am Mitternacht zu verabschieden, und es ist nicht klar, ob der französische Ministerpräsident am Sonntag seine Reise nach Korfika und Tunis wird antreten können.

Französische Ablenkungsmanöver.

Rom, 30. Dez. Unter der Ueberschrift „Auch Frankreich erhebt Forderungen!“ weist „Giornale d'Italia“ von dem Blatt „France Militaire“ gestellte Ansprüche Frankreichs entschieden zurück. So habe Sardinen niemals einen französischen Einmarsch gehabt, dagegen wisse Korfika sowohl in Sprache und Kultur eine Verwandtschaft mit Italien auf. Die Insel Pantelleria konnte Italien besetzen, um ein Gegengewicht gegenüber der zuvor errichteten Befestigung von Biserta zu schaffen, die Frankreich entgegen seiner 1881 übernommenen Verpflichtung ausführte. Was schließlich die von der „France Militaire“ gewünschte Entmilitarisierung der Straße von Messina betreffe, so könne man sie nicht als ernst nehmen und eher dem Rat erteilen, sich mit Gibraltar und Suez zu befassen. Diese „Forderungen“ seien nichts anderes als ein Ablenkungsmanöver, um ein Problem zu verdrängen, das ohne ausreichendes Verständnis für eingegangene und nicht erfüllte Verträge nicht im Sinne des europäischen Friedens gelöst werden könne.

London, 30. Dez. Allen arabischen Tagelohneuren in Jerusalem wurde die Fahrerlaubnis entzogen, weil von einer Tonne aus auf Angehörige der britischen Luftwaffe geschossen worden seien. Soll.

Syrien will frei werden.

Beirut, 31. Dez. Die Lage in Damaskus ist ungelöst, besonders, nachdem eine aus Paris eingetroffene Havas-Depesche ankündigt, daß die französische Regierung eine Kommission nach Syrien senden werde, die Vorschläge für einen neuen franko-syrischen Vertrag ausarbeiten soll. Diese Depesche hat zunächst die Stellung des Ministerpräsidenten gestärkt, der für eine gemäßigte Politik eintritt. Mit Spannung erwartet man die heutige Sitzung des Parlaments. Nachrichten erzählen von wachsenden Freiheitsbestrebungen drussischer Stammeshäuptlinge, die die Selbständigkeit dieses Gebietes, also auch seine Loslösung von Syrien verlangen sollen. An der Spitze dieser Bestrebungen steht Abdul Ghaffar.

Bereinlichung der Staatsführung in Japan.

Tokio, 30. Dez. Ministerpräsident Fürst Konohe hat gestern Besprechungen mit einer Reihe von Ministern gehabt, die sich vermutlich mit Veränderungen innerhalb des Kabinetts beschäftigten. Die Entscheidung wird am 6. Januar in einem Kabinettsrat getroffen werden. Es soll die gesamte Staatsführung vereinheitlicht werden. — In den Neujahrsvorbereitungen des Ministerpräsidenten Fürst Konohe, der Mitglieder des Kabinetts und der führenden Persönlichkeiten auf dem Gebiete der Wirtschaft kommt der entschlossene Wille der Regierung und des Volkes zum Ausdruck, weitere Lasten und Einschränkungen auf sich zu nehmen, um nach Beendigung des Sinesonfliktes das große Ziel einer „Neuordnung Ostasiens“ auf der Grundlage der politischen, militärischen, kulturellen und wirtschaftlichen Einheit Japans mit China und Mandschukuo zu verwirklichen.

Schanghai, 30. Dez. Domet veröffentlicht eine Erklärung, die der Vizepräsident der chinesischen Regierungspartei und frühere Ministerpräsident Wangtschingwei an Tschangkaifang gerichtet hat. Darin wird die letzte Erklärung des Fürsten Konohe als geeignete Grundlage für Friedensverhandlungen bezeichnet.

Rowno, 30. Dez. Die Regierung hat die Staatssicherheitspolizei im Remelgebiet aufgelöst und eine Reihe weiterer Erleichterungen bei Post, Eisenbahn, Zoll und Grenzpolizei angeordnet.

Deutscher Bauer!

Hilf auch Du im Kampf dem Verderb!